Bekanntmachung

Die Firma Energiequelle GmbH, Maximilian-Welsch-Str. 2-2B, 99084 Erfurt hat auf Grund der §§ 4, 6 und 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BlmSchG) i. d. d. g. F. einen Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von

5 Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m

an den folgenden Standorten gestellt:

Gemarkung	Flur	Flurstücke
Reisdorf	3	336/1
Reisdorf	2	300/1
Reisdorf	2	304
Auerstedt	6	57/29; 58/29
Rannstedt	4	234/2

Antragsgegenstand ist die Errichtung und der Betrieb von 5 Windenergieanlagen des Typs Enercon E160 EP5 E3 mit einer installierten Nennleistung von 5.56 MW, einem Rotordurchmesser von 160 m, einer Nabenhöhe von 166,6 m sowie einer Gesamthöhe von 246.6m.

Das Vorhaben bedarf einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 4 BlmSchG i. V. m. Nr. 1.6.2 des Anhangs zur 4. BlmSchV.

Bei den beantragten Anlagen handelt es sich um ein Vorhaben nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Ziffer 1.6.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Anhangs zum UVPG, für das eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen ist. Für dieses Vorhaben wurde eine Allgemeine Einzelfalluntersuchung erstellt (als Teil der Antragsunterlagen).

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 1 UVPG wird bekannt gegeben:

Aufgrund der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Absatz 1 des UVPG wird unter Berücksichtigung der Kriterien in Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass mit dem geplanten Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen verbunden sind und somit keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die wesentlichen Gründe unter Berücksichtigung der jeweils einschlägigen Kriterien für die Entscheidung sind folgende:

- Die Anlagen sollen innerhalb des im Entwurf geplanten Vorranggebiets W-20 für Windenergieanlagen auf intensiv genutztem Ackerland errichtet werden.
- Schallimmissionsrichtwerte werden tags und nachts eingehalten. Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen.
- Die Grenzwerte für Schattenwurf können mittels eines Abschaltmodules eingehalten werden.
- Geschützte Biotope werden in ihrem Bestand nicht gefährdet.
- Der mit dem Vorhaben einhergehende Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 Abs. 1 BNatSchG kann in Anwendung des § 15 Abs. 2 und Abs. 6 BNatSchG ausgeglichen bzw. ersetzt werden.
- Natur- und wasserrechtlich geschützte Gebiete werden durch die räumlich begrenzten Auswirkungen nicht gefährdet bzw. sind nicht betroffen.
- Erhebliche Beeinträchtigungen des Rot- und Schwarzmilans sind durch den Einsatz von fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht zu erwarten.
- Zum Schutz der vorhandenen Fledermausbestände können entsprechende Abschaltzeiten beauftragt werden.
- Mögliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes werden durch vorhandene intensiv genutzter Ackerlandschaften abgeschwächt. Es überwiegt aktuell das überragende öffentliche Interesse der

Energiegewinnung gegenüber der Wirkung auf das Landschaftsbild, Ausgleichszahlungen werden festgesetzt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist. Die Entscheidungsgründe sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Thüringer Umweltinformationsgesetzes (ThürUIG) i. d. g. F im Landratsamt Weimarer Land, Umweltamt – Untere Immissionschutzbehörde, Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda, Raum 19 zugänglich.

Diese Bekanntmachung wird auch auf der Homepage des Landratsamtes Weimarer Land unter <http://www.weimarerland.de/landwirtschaft/index.html> sowie im zentralen Internetportal des Landes Thüringen (<https://www.uvp-verbund.de/Th>) veröffentlicht.

Apolda, den 17.02.2025

Landratsamt Weimarer Land

Opitz
Amtsleiter Umweltamt